

**Tätigkeitsbericht
Institut für Ökologie
und Aktions-Ethnologie
INFOE e.V.**

Jahr 2012

Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie (infoe e.V.)
Melchiorstr. 3
50670 Köln
Email: infoe@infoe.de
www.infoe.de



Projekt: „Indigene Perspektiven vor und nach Rio+20“

- Diskussionsveranstaltung an der Universität zu Köln am 16.05.2012

Der „Nachhaltigkeitsgipfel“ in Rio de Janeiro im Juni 2012 war das zentrale internationale Ereignis für umwelt- und entwicklungspolitische Akteure. Bereits im Vorfeld wurde das Schwerpunktthema „Green Economy“ vielfältig und kontrovers diskutiert. Dabei ging es sowohl um unterschiedliche Konzepte und Definitionen von „Green Economy“, als auch um den Beitrag und die nachhaltige Entwicklung verschiedener Sektoren wie Landwirtschaft, Wälder, Wasser, Energie im Rahmen einer „Green Economy“. INFOE war es ein Anliegen, in diesem Kontext den Beitrag indigener Völker und ihre Perspektiven und Befürchtungen im Zusammenhang mit der Debatte um „Green Economy“ herauszustellen. Dabei wurde ein Schwerpunkt gelegt auf einer Weiterführung der Arbeit des INFOE zu den Themenfeldern „Wald- und Wasserschutz“. Die **indigenen Perspektiven vor Rio+20** waren das zentrale Thema einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung an der Universität Köln im Mai 2012. Den **indigenen Perspektiven nach Rio+20** wurde im Rahmen einer Tagung zu Menschenrechtsfragen im internationalen Waldschutz, die im Oktober 2012 stattfand, Raum gegeben (siehe Beschreibung weiter unten im Rahmen des Waldschutzprojekts). Beide Veranstaltungen wurden von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE) gefördert.

Die **Diskussionsveranstaltung zum Thema „Indigene Perspektiven auf dem Weg nach Rio: Nachhaltige Wald- und Wasserwirtschaft und die Green Economy“** fand am 16.5.2012 in der Universität Köln statt. Sie wurde in Kooperation mit dem Netzwerk "Eine-Welt Stadt Köln" organisiert, bereits im Vorfeld begrüßten und bewarben studentische Organisationen wie die die ESG (Evangelische Studentengemeinde) das Thema Rio+20 und den indigenen Themenschwerpunkt.



Fotos: César Villegas

An der durch kulturelle Beiträge ergänzten Veranstaltung nahmen indigene VertreterInnen und RednerInnen aus den Philippinen, Malaysia, Nepal und Peru teil. Weitere Beiträge kamen von VertreterInnen des NRO-Bereichs, ReferentInnen aus dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), dem Fachbereich für Wissenschaft und Menschenrechte der deutschen UNESCO-Kommission sowie der deutschen Wirtschaft.

Die sehr gut besuchte Veranstaltung konnte mit den Impulsreferaten, in denen die große Kompetenz der indigenen ReferentInnen deutlich wurde, zu einer regen Teilnahme an der Fish Bowl-Diskussion motivieren und stieß beim Publikum auf großes Interesse. Dies zeigte sich auch in Anfragen und Kommentaren in den nachfolgenden Wochen. Es ist dadurch gelungen, den Beitrag indigener Völker und ihre Positionen in Zusammenhang mit der Debatte um die „Green Economy“ herauszustellen.

Projekt: Waldschutzmaßnahmen im Rahmen der Klimapolitik und die Rechte indigener Völker

Die zentrale Aktivität des entwicklungspolitischen Bildungsprojekts zur Frage der **Rechte indigener Völker im Rahmen von Waldklimaschutzvorhaben** stellte die Recherche zu Wald-Klimaschutz-Vorhaben mit deutscher Finanzierung dar. Diese Vorhaben wurden im Hinblick auf die Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und die Berücksichtigung ihrer Rechte analysiert. Das Ziel ist die Erarbeitung einer Publikation mit Fallbeispielen zu Waldschutzmaßnahmen, den Rechten und der Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften. Hierzu wurden von April bis Dezember 2012 drei Teilberichte zu folgenden Fragen erarbeitet:

1. Wie werden indigene Völker und lokale Gemeinschaften in Waldklimaschutzvorhaben, die von deutschen Institutionen gefördert und/oder durchgeführt werden, einbezogen und ihre Rechte berücksichtigt?
2. Welche Erfahrungen aus Waldklimaschutzvorhaben bieten Orientierung für die Berücksichtigung und praktische Umsetzung des Rechts indigener Völker auf freie, vorherige und informierte Zustimmung?
3. Worin liegen die Unterschiede in Bezug auf Beteiligung und die Berücksichtigung von Rechten zwischen REDD+ und relevanten Maßnahmen einerseits und rechtsbasierten Ansätzen und traditionellen Konzepten des Waldklimaschutzes andererseits?

Weiterhin wurden Fallstudien zu einzelnen Projektbeispielen erarbeitet, in denen diesen Fragen detaillierter nachgegangen wurde. Die Fallstudien wurden zu Projekten in der DR Kongo, Ekuador, Mittelamerika, Laos, Kamerun, den Philippinen und Vietnam erstellt. Nach einer Kommentierungs- und Überarbeitungsphase werden die Berichte und Fallstudien Ende 2013 in eine Gesamtpublikation münden.

Gleich zu Beginn des Projekts im März 2012 wurde die **Arbeitsgruppe „Waldschutz und indigene Völker“** gegründet. In 2012 fanden bereits 3 Sitzungen der AG statt, zum Teil mit internationalen Gästen, die sich gerade in Deutschland befanden und wichtige Einblicke in die Projektpraxis vor Ort bieten konnten. Informationen zur AG und ihren Sitzungen finden sich auf der Projektwebseite (<http://www.infoe.de/web/projekt-indigene-voelker-und-wald>). Der Schwerpunkt der AG liegt beim Informationsaustausch, sowohl während der Sitzungen als auch per Email zwischen den Sitzungen. Hier fand ein reger Austausch statt, der zeigt, wie viel Interesse dem Thema entgegengebracht wird und wie viel Diskussionsbedarf bezüglich dieser komplexen Fragen besteht. An diesem Austausch beteiligten sich insbesondere die TeilnehmerInnen der AG-Sitzungen, aber auch weitere VertreterInnen von NRO und Unternehmen, die bisher noch nicht an den AG-Sitzungen teilgenommen haben. Aufgrund der Dynamik, die sich im Hinblick auf die Frage der Menschenrechte im Zusammenhang insbesondere mit REDD+¹ und mit einem Schwerpunkt auf indigenen und lokalen Gemeinschaften während des Jahres 2012 entwickelte, ist der Bedarf an Informationen und entsprechender Recherche, Austausch und Vernetzung gestiegen und bildet weiterhin eine zentrale Aufgabe der Tätigkeiten von INFOE zum Thema.

Vom 12. bis 14. Oktober 2012 fand in der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte die **Tagung zu „Menschenrechtsfragen im internationalen Waldschutz“** mit Schwerpunkt auf indigenen Völkern und REDD+ statt. An dieser Veranstaltung nahmen insgesamt mehr als 40 VertreterInnen von NRO, der Wissenschaft, Politik und Privatwirtschaft teil. Zu den RednerInnen gehörten internationale und indigene Gäste aus Indonesien, Kamerun, Malaysia und Peru. Sie hatten auf der Tagung die Gelegenheit, ihre Perspektiven sowie ihren Beitrag zu einem nachhaltigen Waldschutz vorzustellen. Dadurch wurden auch die Unterschiede zwischen den Konzepten einer ‚Green Economy‘ und einem vermeintlich innovativen Ansatz zum Waldschutz (REDD+) einerseits und den traditionellen und holistischen Konzepten indigener Völker andererseits deutlich.

Die Tagung traf den Nerv der Zeit mit ihrer Fragestellung und mit dem Projekt hat INFOE insgesamt wichtige Fragen aufgegriffen, die auch in anderen Institutionen und Prozessen in Deutschland sowie auf internationaler Ebene im Jahr 2012 intensiv diskutiert und bearbeitet wurden. Die Frage der Beteiligung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften und der Gewährleistung ihrer Rechte war beispielsweise auch Thema einer Kleinen Anfrage von Abgeordneten und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im September 2012. Die im BMU ansässige Internationale Klimaschutzinitiative sowie die internationalen REDD-Programme wie UN-REDD und die Forest Carbon Partnership Facility (FCPF) beschäftigen sich mit der Erarbeitung von sozialen Standards und Schutzbestimmungen. Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hat im Juli 2012 einen Workshop zur Frage der Umsetzung des Free, Prior and Informed Consent - FPIC in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit veranstaltet und im Rahmen von UN-REDD wurden Richtlinien zu FPIC erarbeitet.

¹ Vereinfacht ausgedrückt ist das Prinzip von REDD, dass walddreiche Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Wälder erhalten und so Treibhausgasemissionen reduzieren und dafür von Industrieländern finanziell belohnt oder „kompensiert“ werden. Das „plus“ erweitert das ursprüngliche Konzept, indem nachhaltiges Waldmanagement und der Erhalt der Kohlenstoffsenken explizit aufgenommen werden (REDD+ Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation plus the conservation and sustainable use of forests and the enhancement of carbon stocks in developing countries).



Indigene VertreterInnen bei der von INFOE organisierten Konferenz in der Ev. Akademie. Foto: Bärbel Henneberger

Diese Prozesse wurden bei der Tagung und in der AG aufgegriffen und bewertet. Es wurde deutlich, wie wichtig es ist, die Erfahrungen, die sowohl in der deutschen EZ als auch bei den Aktivitäten anderer deutscher Akteure im Bereich des internationalen Waldklimaschutzes und REDD+ und der Frage der Berücksichtigung der Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften gemacht werden, systematisch zusammenzustellen, zu analysieren und die Informationen in diese Prozesse einzubringen.

UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

Im Mai 2011 verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat einstimmig die unter Führung von Professor John Ruggie ausgearbeiteten Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Dieses Papier stellt ein nicht-bindendes Rahmenwerk dar, das die Pflichten von Staaten und Verantwortlichkeiten von Unternehmen zum Schutz und zur Respektierung von Menschenrechten beschreibt, die sich aus den bestehenden internationalen Menschenrechtsnormen und Abkommen ableiten lassen. Die Leitprinzipien sind Ergebnis eines Prozesses, dessen Anfänge bis in die frühen 70er Jahre zurückreichen.

Zu ihrer Verbreitung und Umsetzung setzte der Menschenrechtsrat ein Expertengremium ein, das aus fünf nach Regionalproporz ernannten Vertreterinnen besteht. Aus der Region Osteuropa wurde mit Pavel Sulyandziga eine der wichtigsten Persönlichkeiten der Bewegung der indigenen Völker

Russlands und langjähriger Partner von INFOE in das Gremium ernannt. Sulyandzigas Arbeitsschwerpunkt in seinem Mandat ist die Nutzung der UN-Leitprinzipien zum Schutz der Rechte indigener Völker, die von der Tätigkeit von Wirtschaftsunternehmen betroffen sind. Im November beteiligte sich INFOE auf Einladung Sulyandzigas an einem Treffen zahlreicher Vertreterinnen indigener Völker und UN-Mandatsträger in Kopenhagen, wo diese beratschlagten, welche Erwartungen indigene Völker an diesen Prozess stellen und welche Strategie ihren Anliegen am meisten entgegenkommt.²

Seitdem hat INFOE Sulyandzigas Mandat mit einer Reihe von Aktivitäten unterstützt. So organisierte INFOE ein Treffen mit dem Menschenrechtsreferat des Auswärtigen Amts Ende November in Berlin. Als Gastgeber konnte der Vizedirektor des Deutschen Institut für Menschenrechte, Michael Windfuhr, gewonnen werden, in dessen Räumen das Treffen stattfand. Es folgten weitere Treffen mit Pressevertretern und Brot für die Welt. Zweck des Treffens war die Gewinnung von Unterstützung für seine Tätigkeit im Rahmen des Mandats. UN-Mandatsträger sind grundsätzlich ehrenamtlich tätig und bekommen nur sehr begrenzte Unterstützung, so etwa für eine begrenzte Zahl von Länderbesuchen.

Im Dezember 2012 fand in Genf das erste jährliche UN-Forum für Wirtschaft und Menschenrechte statt, bei dem INFOE mit zwei Mitgliedern vertreten war. Dort beschloss die UN-Arbeitsgruppe, das Thema Indigene Völker zum Gegenstand ihres ersten thematischen Berichts an die UN-Generalversammlung zu machen. Zur Umsetzung dieses Vorhabens wandte sich Pavel Sulyandziga an INFOE, das ihn seither sowohl fachlich als auch durch Fundraising für diese Aktivität entscheidend unterstützt.

Regionaler Schwerpunkt: Indigene Völker Sibiriens

Das zunehmend autoritäre politische Klima in der Russischen Föderation wirkte sich 2012 auch massiv auf die Arbeitsmöglichkeiten von Organisationen indigener Völker aus. So verhängte das russische Justizministerium im Oktober 2012 ein mehrmonatiges Betätigungsverbot gegen RAIPON, den nationalen Dachverband der indigenen Völker. INFOE beteiligte sich mit Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit an der internationalen Solidaritätsbewegung zur Aufhebung des Betätigungsverbots. Vor allem in den Mitgliedsstaaten des Nordischen Rats löste die Entscheidung des Justizministeriums starke, auch diplomatische Reaktionen aus.

Zuvor hatte INFOE gemeinsam mit der Kopenhagener *International Work Group for Indigenous Affairs* (IWGIA) die Erstellung weiterer Parallelberichte an UN-Menschenrechtsgremien unterstützt. Im September 2012 nahm INFOE-Mitglied Johannes Rohr an der Sitzung des Koordinationsrats von RAIPON teil, die in Petropawlowsk, der Gebietshauptstadt der Halbinsel Kamtschatka, abgehalten wurde. Der Koordinationsrat ist das zentrale Entscheidungsgremium des Dachverbands, der aus den Vorsitzenden der regionalen Selbstorganisationen indigener Völker besteht.

² Ergebnisse in der IWGIA Briefing note „Protect, Respect and Remedy: The Rights of Indigenous Peoples affected by Business“ http://www.iwgia.org/iwgia_files_publications_files/0602_BRIEFING_NOTE_-_Respect_protect_remedy.pdf



Boris Zhirkov (15. Mai 1945 - 29. November 2012) - Wiedererwecker der Tanzkunst der Itelmenen Kamtschatkas, wenige Monate vor seinem Tod beim Alchalalalaj 2012. (Foto: Johannes Rohr)

Mit den Ergebnissen dieser Reise wurde bis Ende September eine *Stakeholder Submission* anlässlich der Überprüfung Russlands im Rahmen der „Allgemeinen Regelmäßigen Überprüfung“ (*Universal Periodic Review / UPR*) erarbeitet.³ Die UPR ist ein Verfahren des UN-Menschenrechtsrats, in dem sich alle Mitgliedsstaaten im Abstand von vier Jahren einer menschenrechtlichen Überprüfung unterziehen müssen. In diesem *Peer-Review*-Verfahren sind alle im Menschenrechtsrat vertretenen Staaten berechtigt, Fragen und Empfehlungen an die jeweilige Regierung zu richten. Als Grundlage bereitet das Sekretariat des Menschenrechtsrats u. a. eine Zusammenstellung von Informationen von zivilgesellschaftlichen Organisationen vor. In dieser Zusammenstellung fand die von INFOE, IWGIA und RAIPON eingereichte *Stakeholder Submission* umfassend Berücksichtigung.⁴ Die eigentliche Überprüfung war erst auf April 2013 terminiert.

Ebenfalls in Kooperation zwischen INFOE, IWGIA und RAIPON entstand um den Jahreswechsel 2012/13 ein erneuter Parallelbericht an den UN-Antidiskriminierungsausschuss (UN Committee for the Elimination of Racial Discrimination / CERD), anlässlich der Überprüfung Russlands im Februar 2013, dieser erlangte angesichts der zunehmenden Repressionen gegen indigene Organisationen besondere Aktualität.⁵

³ http://lib.ohchr.org/HRBodies/UPR/Documents/Session16/RU/JS3_UPR_RUS_S16_2013_Jointsubmission3_E.pdf

⁴ Vgl. „Summary of Stakeholder information“, zugänglich unter <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/UPR/Pages/RUSession16.aspx>

⁵ http://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CERD/Shared%20Documents/RUS/INT_CERD_NGO_RUS_13740_E.pdf



Mitglieder des Koordinationsrats von RAIPON in Petropavlovsk-Kamtschatskij, September 2012. Foto: Johannes Rohr

Vorträge und Kooperationen im Kölner Raum

Das Kölner Rautenstrauch-Joest-Museum (RJM) für Völkerkunde lud INFOE 2012 ein, bei regionalen Thementagen des Museums die Arbeit und Inhalte von INFOE an einem eigenen Stand vorzustellen. Wir nahmen so an den Thementagen Himalaya, Südostasien und Lateinamerika teil. Für den Thementag Südostasien vermittelten wir Jennifer Rubis von den Dayak aus Sarawak, Malaysia für einen Vortrag zur aktuellen Situation der indigenen Völker in ihrer Heimat, der auf viel Interesse und positive Resonanz stieß. So wurde auch der Kontakt zum Asienhaus, das 2012 nach Köln umzog, aufgebaut. Hieraus wiederum ergab sich u. a. eine Anfrage und ein Informationstreffen zum Waldschutzthema REDD der Dozentin Michaela Haug vom Kölner Institut für Völkerkunde, welches gerne eine lose Zusammenarbeit mit INFOE zu diesem und ähnlichen Themen bezüglich der aktuellen Situation indigener Völker einrichten möchte. Die Thementage des RJM haben sich als gute Gelegenheit erwiesen, Themen von INFOE einem breiten Publikum vorzustellen. Beim Thementag Lateinamerika im November war INFOE gebeten, ein eigenes Referat zu Peru zu halten.



Jennifer Rubis zur aktuellen Situation der Dayak (Sarawak) im RJM. Foto: D. Rothkopf

Am 27.08.2012 stellte

te Elke Rothkopf außerdem Arbeit und Perspektiven von INFOE auf dem International Geographic Congress (IGC) an der Universität Köln mit einem Vortrag im Rahmen des Themas „Global Change & Globalisation – Bridging the gap? Scope and limitations of practice-oriented development studies“ vor. Der besondere Ansatz von INFOE stieß auf viel Interesse, im Anschluss an den Kongress wurden wir von verschiedenen Personen und einer mexikanischen Universitätsinstitution wegen der Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bzw. mit der Bitte um weiterführende Informationen zu indigenen Themen kontaktiert.

GegenStrömung

Seit 2008 ist INFOE Rechtsträger von GegenStrömung, einer Initiative, die sich mit Staudämmen auseinandersetzt, gleichzeitig gemeinsam mit urgewald die Kampagne zur Reform der Hermesbürgschaften weiterführt und sich für die Respektierung von Menschenrechten und Umweltschutz durch deutsche Akteure bei ihren Auslandsaktivitäten einsetzt.

Belo Monte-Kampagne

Ein Arbeitsschwerpunkt im Jahr 2012 war die Kampagne zum Belo Monte-Staudamm in Brasilien. Er soll der drittgrößte Staudamm der Welt werden, stößt aber vor Ort auf massiven Protest aufgrund seiner gewaltigen ökologischen und sozialen Auswirkungen. Vor und während des Rio+20-Gipfels in Rio kam es mehrfach zu Baustellenbesetzungen und weiteren Protesten. Mehrere europäische Firmen sind an dem Projekt beteiligt: Daimler liefert LKWs, Voith Hydro Turbinen, Allianz und Munich Re (rück)versichern die Bauarbeiten. Auf Initiative von

GegenStrömung schlossen sich ca. 25 Organisationen und engagierte Einzelpersonen zusammen, die bis dahin nur sporadisch zum Belo Monte-Projekt aktiv gewesen waren.



Proteste gegen das Mega-Staudammprojekt Juni 2012. Foto: Silke Tribukat

Wir verteilten Flugblätter und sprachen bei der Aktionärsversammlung von Daimler und organisierten Kundgebungen vor der brasilianischen Botschaft in Berlin und vor Voith in Heidenheim. Wir führten Gespräche mit Geschäftsleitung und / oder Nachhaltigkeitsabteilung von Voith Hydro und Munich Re; organisierten Veranstaltungen mit der Bewegung Staudammbetroffener Brasiliens. Wir stellten die Kampagne bei Vorführungen des Films Count Down am Xingu 2 von Martin Keßler vor und sammelten für eine Online-Petition von Rettet den Regenwald fast 40.000 Unterschriften. Dadurch gelang es, das Projekt und die deutsche Beteiligung daran bekannt zu machen, es als ein Beispiel zu etablieren, das die mangelnde Regulierung der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen aufzeigt, und die Bewegungen vor Ort zu unterstützen.

Ilisu-Kampagne

Auch den Bau des Ilisu-Staudamms verfolgt GegenStrömung weiter und berichtet in unregelmäßigen Abständen über den Fortgang des Projekts und weitere Proteste dagegen. Es wurden Vorträge in Celle, Bonn und beim Kongress von IPPNW in Berlin gehalten. Zudem entstand eine Zusammenarbeit mit Gruppen im Irak, wo die Bevölkerung zunehmend über die Auswirkungen beunruhigt ist, die der Ilisu-Staudamm auf die Wasserversorgung der Tigris-AnwohnerInnen haben wird.

Hermes-Reformkampagne

Im Rahmen des ECA Watch-Netzwerks verfolgte GegenStrömung die Entwicklung der OECD-Richtlinien für Exportkreditagenturen (ECAs), die sog. Common Approaches, weiter. Die überarbeitete Fassung wurde im Juni 2012 vom OECD-Ministerrat angenommen. Aufgrund der ECA-Kampagne enthält sie einen Verweis auf die Menschenrechte in der Präambel, doch als Prüfkriterien werden weiterhin die Richtlinien von Weltbank und IFC verwandt. Am 12.9. diskutierten GegenStrömung u. a. die Neuerungen der Common Approaches mit dem Bundeswirtschaftsministerium und Industrie- und BankenvertreterInnen und legten die anhaltenden Unzulänglichkeiten der Common Approaches dar. Am 13.9. organisierten GegenStrömung, urgewald und Amnesty International in Deutschland ein parlamentarisches Frühstück, um für die Notwendigkeit eines Hermes-Gesetzes zu weben. Zusätzliche Bewegung in Bezug auf ECAs besteht auf EU-Ebene, wo ECA Watch erreichte, dass der Rat dem Parlament darüber berichten muss, inwieweit die europäischen Exportkreditagenturen die außenpolitischen Ziele der EU (darunter Klimaschutz und Menschenrechte) und das Kohärenzgebot von Art. 21 des Lissabon-Vertrags respektieren. Anlässlich des ersten Ratsberichts an das Parlament stellt ECA Watch einen eigenen Schattenbericht vor. In Deutschland beantragte GegenStrömung gemeinsam mit Amnesty International in Deutschland und urgewald die Herausgabe der menschenrechts- und umweltbezogenen Teile von Prüfberichten für 29 hermesverbürgte Projekte auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes und des Umweltinformationsgesetzes. Anhand der Prüfberichte wollen wir auswerten, wie die Prüfung der Menschenrechte in der Vergabepaxis für Hermesbürgschaften erfolgt, und ggf. Verbesserungsvorschläge erarbeiten.